

Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes am 13.02.2011

Anwesende: Landesvorstand außer Klaus-Dieter Brügmann und Gerda Münch (beide entschuldigt)

Weitere Gäste: Daniel Hofmann (KV Dith), Andrea Kunz (BT-Fraktion), Björn Thoroë (MdL), Uli Schippels (MdL), Lisa Schmidt (KV NMS), Hans-Joachim Schmidt (KV NMS), Jonny Griese (KV NMS), Anette Peilstöcker (KV NMS), Bernd Kunert (KV Stb), Edda Lechner (KV Se), Werner Klein (KV NMS), Holger Praasch (KV OH), Cornelia Möhring (MdB), Heinz-Werner Jezewski (MdL), Rainer Konrad Bachmann (KV Schl.-Flens.)

Protokoll: Asja Huberty

Beginn: 11:00 Uhr

Björn R. begrüßt die Anwesenden.

1. Genehmigung des Protokolls vom 09.01.2011 und Beschlusskontrolle

Das Protokoll wird ohne Änderung bei **1 Enthaltung angenommen.**

Vermerk: Silke M. bemängelt, dass nicht alle im Vorfeld das Protokoll zur Kenntnis genommen haben und möchte keine Lesestunde während der Sitzung

- Veranstaltung zur Kommunismus-Debatte hat stattgefunden (KV Kiel).
- Meikes Präsentation über die Finanzierung von Parteien wird den KVs **zur Kenntnis gegeben.**
- Das Treffen zwischen Landesvorstand und Kreisverbänden hat stattgefunden. **Die Kreisverbände sollen das Protokoll zugeschickt bekommen. -> LGS**
- Es hat noch kein Treffen der Webmaster stattgefunden, was nachgeholt werden soll.

Die politische Lage

Björn schiebt an dieser Stelle ein Referat über die aktuelle Lage mit Schwerpunkt Auseinandersetzungen in Ägypten ein. Es folgt eine Diskussion.

2. Vorbereitung Landesrat am 06.03.2011

Björn erläutert den Stand der Dinge und die Abmachungen beim Treffen mit den Kreisverbänden. Sollte sich der Landesrat nicht wiederbeleben lassen, wird sich der Landesparteitag irgendwann hiermit auseinandersetzen müssen.

Die Einladung für den 06.03. muss zeitnah verschickt werden -> LGS

Es folgt eine Debatte, in der auch einzelne Kreisverbände auf Nachfrage von Jannine erläutern, wie der Diskussionsstand an der Basis zum Thema Landesrat aussieht. Aus Lübeck gibt es eine Kandidatur zum Präsidium. Weitere Kandidaturen liegen bisher nicht vor. Der KV Neumünster kann nur mit einer Stimme vertreten sein, da die zweite Delegierte erst nach dem 06.03. gewählt wird. Den Kreisverbänden soll unbedingt noch die „Roadmap“ zur Kenntnis gegeben werden und dort diskutiert werden.

Die Landesratsdelegierten sollen diesmal im Vorfeld persönlich angesprochen werden, um die Beschlussfähigkeit und den Neuanfang zu gewährleisten.

Das Noch-Präsidium muss einladen. -> LGS

Meike erläutert an dieser Stelle noch einmal den Sinn und Zweck von Spendenlisten (dienen der Eigenfinanzierung des Landesverbandes, der Betrag erscheint auf den Zuwendungsbescheinigungen und die Partei bekommt staatliche Zuwendungen für Spenden). Die Kreisverbände werden darauf hingewiesen, dass sie auf ihren Versammlungen auf die gleiche Weise Spenden sammeln können.

3. Planung Landesparteitag

Im nächsten halben Jahr soll der Landesparteitag stattfinden, an einem Tag, spätestens im Juni, und möglichst an einem anderen Ort als Neumünster und möglichst außerhalb der Kieler Woche, was mit **1 Enthaltung beschlossen wird. -> LGS.**

4. Umsetzung und Vorbereitung der landesweiten Mitgliederversammlung

Gösta referiert über die geplante bildungspolitische Konferenz (siehe Anlage). Anschließend Debatte über den Inhalt der Veranstaltung. Uneinigkeit herrscht vor allem in der Frage, wen vom PV man dazu als Referenten einlädt und ob der LV Schleswig-Holstein sich bis zum Bundesparteitag im Oktober noch an der Programmdebatte beteiligen wird.

Conni berichtet über die bundesweite Entwicklung in der Programmdebatte.

Heinz schlägt vor, Raju und Halina ggf. als Referenten einzuladen, damit sie ihren Alternativentwurf vorstellen und begründen können.

Der Landesvorstand einigt sich daher darauf, die LMV als Auftaktveranstaltung zu nutzen und bei Bedarf in weiteren Einzelveranstaltungen Workshops zu den einzelnen Themen zu veranstalten.

Die Auftaktveranstaltung soll Ende April/Anfang Mai stattfinden, was bei 2 Gegenstimmen beschlossen wird. -> LGS

5. Geschlechtergerechtigkeit/Frauenpolitik

Silke referiert über das Verhältnis Männer/Frauen innerhalb der Partei und über Diskussionen auf Bundesebene. Asja ergänzt dies mit dem Stand in der Koordinierungsgruppe Parteientwicklung

(Startschuss für die „Initiative 2011“, ein Wahlkampfkonzept, das sich speziell an Frauen richtet ist der 08. März).

Conni referiert über das Thema. Es folgt eine Diskussion über Partei und Gesellschaft. Es wird betont, dass die strikte Einhaltung der Geschlechterquotierung bei uns Konsens ist und die Kreisverbände aufgefordert werden, sich mehr daran zu halten und wenn keine Frauen vorhanden sind, gezielt um diese zu werben.

Der Landesvorstand plant zu diesem Thema eine landesweite Konferenz (der Termin folgt auf einer der kommenden Sitzungen).

Silke wird als Gleichstellungsbeauftragte des Landesvorstandes benannt (bei 1 Enthaltung).

6. Bericht aus der Landtagsfraktion

(vorgezogen vor 3.) Heinz-Werner berichtet über die Position der Fraktion zum Thema Wahlrecht (siehe Anlage). Es folgt eine ausführliche Diskussion.

Uli berichtet ebenfalls über die Arbeit der Landtagsfraktion und die Planung der nächsten Wochen. Es folgt eine weitere Diskussion, ob wir als LINKE den Antrag von SSW und Grünen (siehe Anlage) unterstützen oder einen eigenen Entwurf vorlegen.

Der Landesvorstand fasst **einstimmig** folgenden Beschluss: **Wir beteiligen uns nicht an einer parteienzentristischen Sache. Wenn SSW und Gründe ihre Haltung ändern, sind wir aber gerne bereit, einen entsprechenden Gesetzesentwurf zu unterstützen.**

Festzuhalten ist, dass es innerhalb des Landesvorstandes und innerhalb der Landtagsfraktion unterschiedliche Sichtweisen zum Thema Bündnisarbeit gibt. Anlass war eine gemeinsame Demonstration/einen gemeinsamen Demoaufruf von LINKEN und SDAJ vor dem Landeshaus (auch vor dem Hintergrund der Kommunismus-Debatte).

Ferner erkundigt sich der Landesvorstand nach den Terminkonflikten zwischen den Sitzungen des Landtages und denen der Lübecker Bürgerschaft, die MdL Antje Jansen öffentliche Kritik eingebracht hatten, da sie wiederholt während der Landtagssitzung gefehlt hatte. Uli berichtet, dass mithilfe der Lübecker Stadtpräsidentin eine annehmbare Lösung gefunden wird.

7. Stand der Mitgliederprüfung/Lübeck

Entfällt, da zunächst noch ein Gespräch mit dem Bundesschatzmeister erfolgen soll.

8. Finanzen

Ergänzungen/Bestätigungen Haushaltsplan 2011:

- Gösta beantragt einen Gesamtetat von 1.500 € für pol. Bildung. In 2010 wurde auch etwa diese Summe ausgegeben. Nach dem Erfolg im letzten Jahr soll auch diesmal wieder ein

Neumitgliederseminar Ende Mai stattfinden. Der PV soll hierzu um einen Zuschuss gebeten werden. **Einstimmig.**

- Edda beantragt 2.900 € für „INFO Die Linke“, also denselben Etat wie in 2010. Sie begründet ausführlich, warum die Zeitschrift ihrer Ansicht nach notwendig ist und erläutert die Zusammensetzung der Kosten. Eine Vollaussgabe kostet ca. 800,- €.

Es folgt eine ausführliche Diskussion, in der auch noch Vorschläge gemacht werden, z.B. stattdessen den DISPUT zu verteilen. Asja kündigt an, dass aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht dem Druckverlag die Mitgliederadressen per Mail zugesandt werden dürfen und künftig ein anderer Weg beschritten werden muss.

Asja stellt den Antrag, per Brief eine Anfrage an die Mitglieder, deren Mailadresse nicht bekannt ist, zu starten, um die Kosten für die Verschickung der Printausgabe zu senken. **Bei 2 Gegenstimmen angenommen. -> LGS**

Heinz stellt den Antrag, dass (nach Besprechung im Landesrat) die Kreisverbände selbst bei Bedarf das „INFO“ verteilen sollen. **Bei 3 Gegenstimmen angenommen.**

Es wird verkündet, dass die beiden MdB ab März 2011 jeweils 200,- € pro Monat in den Solidaritätsfonds für die Kreisverbände einzahlen wollen.

Der Antrag des KV Rendsburg-Eckernförde auf Anmietung einer Kreisgeschäftsstelle wird **einstimmig angenommen.**

Der Antrag des KV Herzogtum Lauenburg auf Anmietung einer Kreisgeschäftsstelle wird **einstimmig angenommen.**

Bernd Kunert beantragt eine Ausfallbürgschaft in Höhe von bis zu 2.000,- € für den Anti-AKW-Aktionstag (siehe Anlage). Nach einer Diskussion einigt sich der Landesvorstand auf eine feste Kostenbeteiligung von 1.000,- €. **Einstimmig.** Gleichzeitig wird Meike gebeten, im Rahmen des Bundesfinanzrates am 19.02. um eine Kostenbeteiligung seitens des PV zu werben.

9. Anträge

Björn beantragt eine landesweite Aktion seitens der Partei am DGB-Aktionstag am 24.02.2011 gegen Leiharbeit und den Druck entsprechender Flyer nach Absprache mit den Kreisverbänden, wo es Betriebe gibt, die Leiharbeiter beschäftigen und wie umfangreich sich der KV an der Aktion beteiligen kann. **Bei 1 Enthaltung angenommen -> LGS.**

Heinz beantragt, seitens des Landesvorstandes Unterstützung für unsere Genossin Ayse Fehimli zu bekunden, die für die Verleihung des Clara-Zetkin-Preises nominiert wurde. **Bei 2 Enthaltungen angenommen.**

Verschiedenen GenossInnen regen an, das Wahlbüro möge seine Arbeit aufnehmen und beginnen, den Wahlkampf zu planen.

10. Verschiedenes

In der Anlage befindet sich die Einladung zur „Konversionskonferenz April/Mai“. Bernd Friedrichs aus dem KV Plön fährt hin. Um weitere Teilnehmer wird am 13.03. (nächste LaVoSi) geworben.

Björn T. Infomiert über die Fortsetzung der Maritimen Konferenz.

Meike berichtet auf Nachfrage nach dem Delegiertenschlüssel für den KV OH vom Treffen mit dem Kreisschatzmeister. Der Kreisverband soll die vakanten Plätze nachwählen, die bereits gewählten Delegierten bleiben für den Rest der Legislaturperiode im Amt.

Björn R. berichtet vom LandessprecherInnentreffen in Berlin und vom Treffen des Bündnisses „Der Paritätische“. Das Konzept „Kommunen in Not“ soll wieder zum Thema gemacht werden und wird von ihm noch rumgeschickt.

Der Landesvorstand stellt fest, dass unsere GenossInnen beim Wahlkampf in Hamburg bisher sehr gut vertreten waren.

Heinz berichtet über das Vorhaben des Vereins „Mehr Demokratie e.V.“, ein breites Bündnis für neue Gesetzesentwürfe zum Thema Volksentschiede aufzubauen.

Silke berichtet vom Bundessausschuss. Dort herrscht nach ihrer Wahrnehmung ein negatives Stimmungsbild gegenüber dem PV.

Björn T. informiert über die geplante Dresdenfahrt (Anti-Nazi-Demo) und dass in den Kieler Bussen noch Plätze frei sind, was noch mal bekannt gemacht werden soll. -> **LGS**

In Magdeburg findet am 26./27.02.2011 ein Mandatsträgertreffen (Komm.) statt. Miro Berbig und Heinz Kittler haben ihre Teilnahme angekündigt.

Die nächste Sitzung des Landesvorstandes findet statt am 13.03.2011 in Schwarzenbek (KGS).

Die öffentliche Sitzung endet um 17:00 Uhr.